

Fragebogen zur Eignungsprüfung

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
1	Zulassung Angebote		
1.1	Eignungs- und Angebotsprüfung		
1.1.1	Ausschlussgründe		
Z 1.1.1.1	<p>Bezug zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576 (Ist Ausschlusskriterium) Hiermit bestätige/n ich/wir verbindlich (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):</p> <p>1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,</p> <p>a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,</p> <p>b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,</p> <p>c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a) und/oder b) zutrifft.</p> <p>2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des</p>	<div style="background-color: yellow; height: 15px; width: 100%;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; width: 100%;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; width: 100%;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.</p> <p>3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.</p>		
<p>Z 1.1.1.2</p>	<p>Verstoß gegen zwingende Ausschlussgründe (§ 123 GWB i. V. m. § 42 Abs. 1 VgV) (Ist Ausschlusskriterium) Lag innerhalb der letzten 5 Jahre einer der unten genannten zwingenden Ausschlussgründe vor?</p> <p>Bitte beachten Sie:</p> <p>Anzugeben sind nur Verurteilungen innerhalb der letzten fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund vorliegt, kann der Bewerber/Bieter eine gesonderte Anlage mit Erläuterungen beifügen, falls er Umstände geltend machen will, um dennoch an dem Vergabeverfahren teilnehmen zu können (bspw. Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB). Falls der Auftraggeberin Anhaltspunkte vorliegen, dass die Erklärung (teilweise) unzutreffend sein könnte, werden zusätzlich zur Erklärung weitere Nachweise gefordert. Der Bewerber/Bieter hat in diesem Fall vor Zuschlagserteilung auf Anforderung durch die Auftraggeberin folgende Unterlagen vorzulegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers/ Bieters. - Eine von der zuständigen Behörde des 	<div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers/ Bieters ausgestellte Bescheinigung (bspw. Finanzamt, Sozialversicherungsträger etc.).</p> <p>1. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach §§ 129, 129a, 129b Strafgesetzbuch?</p> <p>2. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach § 89c Strafgesetzbuch?</p> <p>3. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach § 261 Strafgesetzbuch?</p> <p>4. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach § 263 Strafgesetzbuch?</p> <p>5. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach § 264 Strafgesetzbuch?</p> <p>6. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach § 299 Strafgesetzbuch?</p> <p>7. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach § 108e Strafgesetzbuch?</p>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>8. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach §§ 333 und 334, 335a Strafgesetzbuch?</p> <p>9. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung?</p> <p>10. Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt bzw. wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach §§ 232 und 233, 233a Strafgesetzbuch?</p> <p>11. Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und wurde dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt? Bzw. konnten die öffentlichen Auftraggeber dem Unternehmen auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nachweisen?</p> <p>Falls alle Fragen von 1-11 mit "nein" zu beantworten sind, genügt einmal die Antwort "nein".</p> <p>Sollte eine Frage mit "ja" beantwortet werden ist die jeweilige Nummer zu benennen.</p>		
<p>F 1.1.1.3</p>	<p>Verstoß gegen fakultative Ausschlussgründe (§ 124 GWB i. V. m. § 42 Abs. 1 VgV) Lag innerhalb der Lag innerhalb der letzten 3 Jahre einer der unten genannten fakultativen Ausschlussgründe vor?</p> <p>Bitte beachten Sie:</p> <p>Anzugeben sind nur Ereignisse innerhalb</p>	<div style="background-color: yellow; border: 1px solid black; height: 30px; width: 100%;"></div> <div style="background-color: yellow; border: 1px solid black; height: 30px; width: 100%;"></div> <div style="background-color: yellow; border: 1px solid black; height: 30px; width: 100%;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>der letzten 3 Jahre.</p> <p>1. Hat das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen?</p> <p>2. Ist das Unternehmen zahlungsunfähig bzw. wurde über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt? Befindet sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation oder hat es seine Tätigkeit eingestellt?</p> <p>3. Hat das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird?</p> <p>4. Verfügt der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken?</p> <p>5. Besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann?</p> <p>6. Resultiert eine Wettbewerbsverzerrung daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann?</p> <p>7. Hat das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder</p>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>fortdauernd mangelhaft erfüllt und hat dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt?</p> <p>8. Hat das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist das Unternehmen nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln?</p> <p>9. Hat das Unternehmen versucht die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen? Bzw. hat das Unternehmen versucht vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte? Bzw. hat das Unternehmen fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat es versucht, solche Informationen zu übermitteln?</p> <p>Falls alle Fragen von 1-9 mit "nein" zu beantworten sind, genügt einmal die Antwort "nein".</p> <p>Sollte eine Frage mit "ja" beantwortet werden ist die jeweilige Nummer zu benennen. Die Bieterin bzw. der Bieter muss ein Textdokument zur Erläuterung (möglichst als PDF-Datei) hochladen. Das Dokument muss über die Schaltfläche "Datei importieren" auf der Übersichtsseite hochgeladen werden, um einen Ausschluss vom Vergabeverfahren unter Berücksichtigung des Grundsatzes des Verhältnismäßigkeit prüfen zu können (Umstände, Zeitpunkt und Schwere des Verstoßes, Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB etc.).</p>		
Z 1.1.1.4	<p>Voraussetzungen nach § 9 UStG (Ist Ausschlusskriterium) Liegen bei Ihnen die Voraussetzung für die Option zur Umsatzsteuer nach § 9 UStG vor? Der*die Bieter*in muss daher im Rahmen Eignungsprüfung bestätigen, dass er*sie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer*in i. S. d. 	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	Umsatzsteuergesetzes ist und • die Pachtsache ausschließlich für Ausgangsumsätze verwendet, die den Vorsteuerabzug nicht ausschließen.		
Z 1.1.1.5	<p>Referenzen (Ist Ausschlusskriterium) Als Beleg der erforderlichen technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der*des Auftragnehmerin*s muss mindestens eine Referenz über eine vergleichbare Leistung in den letzten drei Jahren genannt werden. Als vergleichbare Leistung gilt im vorliegenden Fall eine Verpflegungsleistung im Verpflegungssystem Cook & Serve über mindestens 1 Jahr mit Mittagessen eines geschlossenen Nutzerkreises mit durchschnittlich mind. 400 Essensportionen pro Verpflegungstag in einer oder mehreren Einrichtungen (Mindestanforderung). Referenzen dürfen nachfolgend nur angegeben werden, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - sie nicht älter als drei Jahre sind und - die Leistung bereits vollständig abgeschlossen wurde oder bei einer Vertragslaufzeit von über einem Jahr, mindestens ein Leistungszeitraum von einem Jahr bereits abgeschlossen wurde; <p>Bitte benennen Sie den Auftraggeber (Endkunde) inklusive Anschrift einer hinsichtlich Leistungsart und Rechnungswert vergleichbaren Leistung. Bitte beachten Sie: Gem. § 42 Abs. 1 VgV haben öffentliche Auftraggeber die Eignung der Bewerber oder Bieter anhand der festgelegten Eignungskriterien zu überprüfen. Gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV können als Beleg der erforderlichen technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers oder Bieters geeignete Referenzen verlangt werden. Die damit einhergehende Datenverarbeitung ist gem. Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstabe c DSGVO, Art. 4 Absatz 1 BayDSG gestattet. Leistungen für die Auftraggeberin können nur berücksichtigt werden, wenn diese (genau wie externe Referenzen) als eigene Referenz angegeben werden. Wenn Sie mehr Referenzen angeben wollen, laden Sie bitte ein entsprechendes Dokument hoch. Falls der Auftraggeberin Anhaltspunkte vorliegen, dass die Erklärung (teilweise)</p>	<div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 15px; border: 1px solid black;"></div>	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>unzutreffend sein könnte, werden zusätzlich zur Erklärung weitere Nachweise gefordert. Der Bewerber/Bieter hat in diesem Fall vor Zuschlagserteilung auf Anforderung durch die Auftraggeberin eine vom jeweiligen Auftraggeber ausgestellte Bestätigung der Referenz vorzulegen.</p>		
<p>Z 1.1.1.6</p>	<p>Betriebshaftpflichtversicherung (Ist Ausschlusskriterium) Als Beleg der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit der*des Auftragnehmerin*s muss eine ausreichende Betriebshaftpflichtversicherung vorliegen. Der*die Auftragnehmer*in verpflichtet sich, unverzüglich nach Vertragsschluss eine ausreichende (siehe u.a. Mindestversicherungssummen unten), alle eventuellen Schadensfälle einbeziehende Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen bzw. eine bereits bestehende auch während der Vertragslaufzeit entsprechend anzupassen. Für folgende Schadensfälle sind Mindestversicherungssummen erforderlich: 10.000.000, - € pauschal für Personen- und Sachschäden sowie 10.000.000, - € für Vermögensschäden. Pachtsachschäden (Schäden an städt. Eigentum) müssen in die Sachschäden voll einbezogen sein. Der Pächter ist in der Wahl seines Versicherers frei, soweit dieser die obigen Voraussetzungen erfüllt. Der Abschluss des Haftpflichtvertrages ist unter Vorlage einer Kopie des Vertrages der Auftraggeberin bis spätestens drei Wochen nach Vertragsschluss anzuzeigen. Der*die Auftragnehmer*in wird jährlich unaufgefordert bis zum 31.03. eine entsprechende Bestätigung vorlegen, aus der sich die Verlängerung dieses Versicherungsschutzes ergibt. Die Versicherung ist bis zum Vertragsende aufrecht zu erhalten.</p>	<div style="background-color: yellow; height: 30px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 30px; border: 1px solid black; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="background-color: yellow; height: 30px; border: 1px solid black;"></div>	